



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gülseren Demirel, Thomas Gehring, Jürgen Mistol, Verena Osgyan, Tim Pargent, Gisela Sengl** und
Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Mit Umsicht und Zuversicht durch den Winter

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag stellt fest:

1. Mit einer gemeinsamen Anstrengung konnten wir in den letzten Wochen das exponentielle Wachstum der Neuinfektionen unterbrechen, jedoch noch nicht senken. Die Anzahl der Neuinfektionen ist nach wie vor auf einem hohen Niveau. Das hat zur Folge, dass das Gesundheitssystem weiterhin einer gefährlich hohen Belastung ausgesetzt ist. Obwohl es Ende Oktober bzw. Anfang November noch hieß, dass die in der Ministerpräsidentenkonferenz (MPK) mit der Kanzlerin beschlossenen Maßnahmen lediglich im November gelten sollten, gibt das die Zahl der Neuinfektionen nicht her. Die Infektionszahlen und die Auslastung des Gesundheitssystems verlangen weitere Maßnahmen. Der Landtag trägt den aktuellen Beschluss der MPK-Konferenz mit. Im Rahmen der landesspezifischen Regelungskompetenz für den Zeitraum vom 23.12.2020 bis 01.01.2021 fordert der Landtag die Staatsregierung auf, keine Änderungen an den bis dahin gültigen Maßnahmen für die Zeit vom 27.12.2020 bis 01.01.2021 durchzuführen.

Der Landtag stellt fest:

2. Die Akzeptanz der Maßnahmen hängt maßgeblich von ihrer Nachvollziehbarkeit und Verhältnismäßigkeit sowie einer klaren Kommunikation bei schwierigen Fragen und Abwägungsprozessen ab. Die Pandemie können wir nur gemeinsam bekämpfen. Gerade in schwierigen Zeiten brauchen wir gesellschaftlichen Zusammenhalt. Die Schwächeren in unserer Gesellschaft dürfen in der aktuellen Situation nicht aus dem Blick geraten und brauchen passgenaue Unterstützung. Es bedeutet aber auch, besonders betroffene Berufsgruppen finanziell zu unterstützen und Härten der Einschränkungen schnell und unbürokratisch abzufedern. Gerade Bildungs- und Kulturangebote brauchen längerfristige Planungssicherheit, statt kurzfristiges Nachsteuern im Wochentakt.

Deswegen fordert der Landtag die Staatsregierung auf:

3. Die Corona-Maßnahmen endlich mit einer breit angelegten Informations- und Aufklärungskampagne zielgruppenspezifisch, mehrsprachig und barrierefrei zu begleiten. Hier soll auch auf Video- und Bildformate zurückgegriffen werden, die z. B. die AHA-Regeln erklären, ohne das Lesekompetenz erforderlich wäre. Hilfsangebote für Menschen in Krisensituationen („Lockdown-Depression“, Familienstreitigkeiten, Hilfe für Frauen und Kinder) müssen geschaffen und verstärkt unterstützt werden. Darüber hinaus muss landesweit digital und analog sowie mehrsprachig und barrierefrei über diese Angebote informiert werden. Neben der zentralen landesweiten Kampagne sollen auch dezentrale kommunale Hilfsangebote und private Nachbarschaftshilfe bei der Öffentlichkeitsarbeit finanziell unterstützt werden, damit alle, die Hilfe brauchen, auch Hilfe finden.

4. Staatsregierung und Sachaufwandsträger müssen für einen bestmöglichen Gesundheitsschutz der Schulfamilie sorgen, um eine flächendeckende Schließung der Schulen zu vermeiden und die Ausbreitungskurve abzuflachen. Schulen brauchen Planungssicherheit, statt einer Hü-Hott-Strategie: Alle Klassen ab der 8. Jahrgangsstufe müssen jetzt geteilt werden und bis Weihnachten in den Wechselunterricht gehen. In den Grundschulen, den Jahrgangsstufen 5, 6 und 7 der weiterführenden Schulen sowie den Förderschulen bleibt es beim Präsenzunterricht unter Einhaltung des Mindestabstands von 1,5 Metern.
 - Für Berufsschulen wollen wir in Abstimmung mit den betrieblichen Partnern im dualen Ausbildungssystem den Wechsel in den Hybrid- oder Distanzunterricht ermöglichen. Die handwerklichen überbetrieblichen Bildungszentren müssen genauso wie die Berufsschulen eingeordnet werden, nur so sichern wir die Ausbildung auch in Pandemiezeiten.
 - Druck rausnehmen und niemanden wegen Corona zurücklassen: Die Lernstände der einzelnen Schülerinnen und Schüler sind schon jetzt ungleich. Durch Stoff- und Prüfungsreduzierung muss der Leistungsdruck gesenkt werden. Den Ankündigungen des Ministerpräsidenten müssen verbindliche Regelungen des Staatsministeriums für Unterricht und Kultus folgen, damit Klarheit herrscht. Damit individuelle Lernrückstände aufgeholt werden können, müssen entsprechende Förderkurse angeboten werden.
 - Den Eltern Sicherheit zu geben: Die Staatsregierung darf Eltern in der Krise nicht wieder so alleine lassen wie im Frühjahr. Es muss klar sein: Sollten Schulen oder Kitas geschlossen werden müssen, muss es eine Betreuungsgarantie geben für alle, die diese Unterstützung brauchen. Dies gilt insbesondere für den Schulbetrieb für die zwei zusätzlich geplanten Weihnachtsfeiertage.
5. Sport als Teil der Gesundheitsvorsorge anzuerkennen und dem Bewegungsmangel entgegenzuwirken: Bewegung wirkt nicht nur gesundheitsfördernd, sondern auch lernfördernd. Daher hat der Schulsport, der prüfungsrelevante Hochschulsport, der Kinder- und Jugendsport und der schulische Schwimmunterricht so eine wichtige Rolle, dass auch für diesen pandemie-gerechte Umsetzungsmöglichkeiten gefunden werden müssen. Insbesondere Kurse zum Erwerb der Schwimmfähigkeit sind künftig als Bildungsangebot einzustufen und dementsprechend zuzulassen.
6. Die Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass über die Festtage und den Jahreswechsel in sozialen Einrichtungen niemand allein sein muss. Angesichts der ernsten Lage braucht es hierfür passgenauere Konzepte für Besuchsregelungen in Heimen für Ältere, stationäre Jugendwohneinrichtungen und Einrichtungen für Menschen mit Behinderung. Risikogruppen sollen die Nutzung von Schnelltests in den Einrichtungen und die kostenfreie Abgabe von FFP2-Masken für Einrichtungen mit vulnerablen Gruppen zur Verfügung gestellt werden. All diese Herausforderungen erfordern zeitnahe staatliche Konzepte und dürfen nicht den einzelnen Einrichtungen und Trägern überlassen werden, damit Planbarkeit herrscht und Verunsicherung vermieden wird.
7. Die Zeit jetzt zu nutzen und endlich einen Plan zu erarbeiten, um unser Land auf die Zeit nach dem Teillockdown vorzubereiten, denn wir werden weiter mit der Pandemie leben müssen. Insbesondere die Tatsache, dass 75 Prozent der Infektionen in ihrem Ursprung nicht zugeordnet werden können, verlangt danach, mehr Wissen über das Virus zu gewinnen und seine Verbreitungswege besser einschätzen zu können, damit die Infektionsrisiken gesenkt und die Pandemie gezielter bekämpft werden können. Daher fordert der Landtag die Staatsregierung auf, die Gesundheitsämter personell und mit entsprechender Software so auszustatten und zu verstärken, dass die notwendigen Daten gesammelt werden können. Dazu müssen alle Gesundheitsämter und Labore unverzüglich an die bundeseinheitlichen Melde- und Nachverfolgungssysteme DEMIS und SORMAS angebunden und zur Nutzung verpflichtet werden. Der erfolglose bayerische Sonderweg BaySIM muss beendet werden. Außerdem fordert der Landtag die Staatsregierung auf, den Lockdown mit wissenschaftlichen Studien zu begleiten, um die Wirksamkeit der getroffenen Maßnahmen evaluieren zu können.

Begründung:

Um die Corona-Ausbreitungskurve abzuflachen, das Gesundheitssystem nicht überlasten und Menschenleben zu retten, braucht es weiterhin eine gemeinsame Kraftanstrengung. Die Bevölkerung ist sich zum allergrößten Teil der Lage bewusst, in welcher schwierigen Situation sich die Welt und unser Land in der Bewältigung der Pandemie befindet. Sie fordern aber zu Recht ein, dass es eine Planbarkeit und eine klare Kommunikation über notwendige Maßnahmen und die Bedingungen zu ihrer Beendigung von staatlicher Seite geben muss. Wenn Einschränkungen verlängert werden, muss es selbstverständlich auch weitere finanzielle und organisatorische Hilfen geben. Es ist wichtig und essenziell, dass niemand in der Pandemie zurückgelassen wird. Darauf ist alles Handeln weiterhin auszurichten.